



Niederschrift

66. Plenarsitzung des Gemeinderates
16. Juli 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11

Punkt 10 der Tagesordnung: Vorrang für Open-Source-Lösungen bei der Stadtverwaltung

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/0605

Beschluss:

Weiterbehandlung in der IT-Kommission

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich würde Ihnen die Empfehlung machen, dass wir das eventuell nach der Diskussion in einen Fachausschuss verweisen. Ich glaube, darüber müssen sich die Experten einmal unterhalten, warum es in München nicht geklappt hat, aber ins Schwäbisch Hall klappt usw. Da fühle ich mich – ehrlich gesagt – auch etwas überfordert, beziehungsweise ist es hier nicht der richtige Rahmen.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Das mache ich üblicherweise nicht, aber an der Stelle möchte ich kurz aus dem eigenen Antrag vorlesen: Möglichst viele Verfahren sind bei wesentlichen Änderungen oder Neuvergaben auf Open Source umzustellen. Danach erfolgt wie, nämlich durch einen Punktezuschlag. Mir ist aufgefallen, dass ich, wenn ich irgendwo „möglichst viele“ hineinschreibe, ganz oft nicht verstanden werde. „Möglichst viele“ bedeutet zum Beispiel – die Begründung haben Sie uns geliefert beim Betriebssystem, was der Fall in München ist -, dass genau das nicht funktioniert, dass wir einfach den Datenschutzerfordernungen nicht nachkommen können mit Linux. Das ist zwar enttäuschend, aus einer politischen Betrachtung heraus, aber es ist die Gegebenheit. Wir sperren uns da nicht.

Aber ich möchte im Sinne meiner Nachfolgerinnen und Nachfolger kurz darum bitten, dass, wenn „möglichst viele“ da drin steht, Sie uns nicht die Beispiele nennen, wo es nicht geklappt hat, sondern uns einen Raum eröffnen, in dem wir etwas erreichen können. Denn darum geht es. Es geht uns nicht darum, der Stadtverwaltung das Leben schwer zu machen. Wir wollen einfach, dass es einen größeren Wettbewerb in diesem Bereich gibt. Wir wollen, dass wir die Daten leichter migrieren können, dass wir nicht erhebliche Kosten haben, wenn wir Daten migrieren müssen, weil uns die Softwarebetreuung abspringt. Das ist für uns der Kern unseres Antrags, da voran zu kommen. Auf jeden Fall ist, da wir einen gewissen Dissens mit der Antwort der Verwaltung sehen, es uns wichtig, dass das in der IT-Kommission weiter beraten wird.

Der Vorsitzende: Das sagen wir gerne zu, wobei ich noch ein weiteres Argument ansprechen möchte. Deswegen bin ich von dem Punktezuschlag auch noch nicht so ganz überzeugt. Ich erlebe es im ITEOS-Verwaltungsrat, dass wir oft bei der Neueinführung von Systemen genau diese Sache durchdiskutieren. Dann ist auch aus wirtschaftlichen Aspekten oft das Open Source-Angebot erst einmal sogar wirtschaftlich günstiger als das, was man sich irgendwo einkauft. Die Erfahrung ist nur, dass die spätere Wartung und den Service, den man dann doch dazu braucht, weil man ihn aus dem eigenen Haus nicht liefern kann, mitunter am Ende den finanziellen Vorteil, den man beim Erwerb hat, sozusagen wieder auffrisst. Das sind Dinge, die man bei einer solchen Ausschreibung gegenüberstellen müsste. Aber da sind wir gar nicht soweit auseinander. Insofern: IT-Kommission soll sich damit beschäftigen. Dann können wir es gegebenenfalls noch einmal hier thematisieren.

Stadtrat Lancier (KULT): Speziell als Pirat bin ich besonders erfreut über diese Art von Antrag. Wir haben in Karlsruhe Open Data, Open Government als Themen. Jetzt kommt das Wort Open Source dazu. Das ist ein bisschen problematisch, weil der Begriff tatsächlich enger gefasst ist, als das diesem Wort nach zu denken wäre. Deswegen sehe ich das auch ein bisschen problematisch, hier eine Entscheidung zu treffen in diesem Rahmen, in diesem Gremium. Der Unterschied zwischen Public Domain und Open Source ist alleine schon problematisch, aber auch der Unterschied zwischen Open Source und freier Software auch wieder eine andere Begrifflichkeit und andere Inhalte hat.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass eine Open Source-Lösung nicht lizenzfrei ist, sondern dass durchaus Lizenzen dahinter stehen. Diese Dinge sind genauso, wie jede andere Art von Werk urheberrechtlich und copyright-mäßig irgendwo geschützt und haben irgendwelche Inhalte. Von daher halte ich die Verweisung in einen Fachausschuss auch für die praktikable Umsetzung. Nichtsdestotrotz, als politisches Gremium sind wir natürlich gefordert, uns mit dem Thema auseinanderzusetzen, dass wir in der Politik ganz generell diese Konkurrenzsituation wieder herstellen, denn letzten Endes hat man – gerade auch bei dem Beispiel München – gesehen, dass ein Monopolist einen enormen Druck ausüben kann und auch mit der Drohung der Verlegung seines Hauptsitzes und ähnlichen Scherzen tatsächlich letzten Endes die freie Entscheidung massiv beeinflusst hat. Solche Dinge würden weniger auftreten, wenn diese Monopolisierung ein bisschen eingebrochen wäre.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Dieser Antrag fällt für mich in dieselbe Kategorie wie die anderen, die wir heute schon von den GRÜNEN besprochen haben. Wieder ein Schaufensterantrag, ohne jede Substanz. Der Name heißt „Vorrang für Open-Source-Lösungen bei der Stadtverwaltung“. Dann wird uns im Redebeitrag der GRÜNEN erklärt, so ist es eigentlich gar nicht gemeint. Da muss man sich fragen, warum werden solche Anträge gestellt.

Für jede Herausforderung, die man hat im täglichen Bereich und auch sonst in der Datenverarbeitung, muss man schauen, dass man die beste Lösung findet. Was bringt es dann, so eine Vorschrift zu machen, dass eine spezielle Variante, nämlich Open Source, immer Vorrang haben soll? Das bringt überhaupt gar nichts. Das ist nur Schaufenster. Die Begründung hat für sich gesprochen. Alle, die ein bisschen mit Datenverarbeitung zu tun haben, wissen, welche Probleme Open Source mit sich bringt, dass man oft genug als Verwaltung auf einmal Dinge nicht mehr lösen kann, einfach, weil an ein bestimmtes Problem bei dieser Software nicht gedacht wurde und weil es wenige Firmen gibt, die daran arbeiten. Dann hat man das Problem, weil es keinen Anbieter gibt, der dieses Problem löst. Das ist der Grund, warum viele Firmen auf die großen Anbieter zurückgreifen und von denen die Software nehmen. Die haben sich das sehr genau überlegt. Nicht ohne Grund entscheiden sie sich für solche großen Firmen. Dann der Verwaltung so einen Antrag vor die Nase zu setzen und zu sagen, ihr sollte in Zukunft Open Source bevorzugen, halte ich aus logischen Gründen für sinnlos.

Der Vorsitzende: Die Verwaltung nimmt die Herausforderung trotzdem an und wird sich in der Fachkommission damit auseinandersetzen.

Stadtrat Hock (FDP): Das wollte ich jetzt gerade sagen. Wir sehen es nicht so kritisch, wie der Kollege von der AfD. Die Jamaika-Koalition Schleswig-Holstein hat diesen Antrag zusammen mit unserer Fraktion und der CDU gestellt. Man muss auch einmal mit solchen Dingen auch einmal positiver umgehen, als jetzt hier im Hause. Deshalb bin ich froh, Herr Oberbürgermeister, dass Sie diesen Antrag in die IT-Kommission verwiesen haben, um dort mit den Fachleuten über dieses Thema zu sprechen. Wir stehen dieser Sache aufgeschlossen gegenüber und freuen uns auf die rege Diskussion im Ausschuss.

Stadtrat Zeh (SPD): Ausschuss ist auf jeden Fall richtig. Ich als Privatperson nutze zuhause auch Open Source. Aber von der Verwaltung und von der Zukunft Karlsruhes erwarte ich eine digitale Verwaltung, angefangen von der E-Akte über die E-Rechnung. Ob da Open Source geeignet ist, muss man im Einzelfall prüfen. Die Prüfung ist zugesichert. Aber eine globale Prä-Justierung können wir nicht mitgehen. Für uns ist wichtiger, dass die Verwaltung insgesamt den digitalen Fortschritt macht.

Der Vorsitzende: Es ist am Ende eine Balance herzustellen zwischen wirtschaftlichen Aspekten, der Wartungssicherheit, den ganzen Schnittstellen, die man mitunter auch zu lösen hat, wenn man mit unterschiedlichen Systemen arbeitet, aber auch der politisch nachvollziehbaren Forderung, dass wir keine Monopole unterstützen und begünstigen sollten. Das alles dann kommunal in die richtige Balance zu bringen, ist nicht ganz einfach. Ich bin dankbar, dass wir das dann in der dafür zuständigen IT-Fachkommission miteinander besprechen können.

Damit wäre der Tagesordnungspunkt 10 für heute abgeschlossen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: